Erscheint täglich
früh 6½ Uhr

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
In Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 184. **Freitag** den 3. Juli 1891. 85. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oeffentliche Ausschreibung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 16. Mai d. J., **die Ausschreibung** der **Erd-, Maurer-, Steinmetz-** und **Zimmer-Arbeiten** zum **Neubau der Andreaskirche** betreffend, sind nunmehr die Submissions-Unterlagen fertig gestellt und können gegen Erlegung von **A 2** in unserer Expedition **Arndtstraße 30 b** in Empfang genommen werden.

Daselbst liegen die Pläne zur Einsichtnahme aus und können, soweit der Vorrath reicht, gegen **Hinterlegung** von **A 30** entnommen werden, deren Rückerstattung bei Abgabe der Offerte und Rückgabe der unversehrten Pläne erfolgt.

Bewerber wollen die bezeichneten Unterlagen in unserer Expedition vom 4. d. M. ab in Empfang nehmen und ihr Angebot bis **spätestens Sonnabend, den 11. Juli, Abends 6 Uhr,** ebendaselbst versiegelt mit der Aufschrift **„Neubau der Andreaskirche betr."** einreichen.

Leipzig, den 2. Juli 1891.

Der Kirchenvorstand zu St. Andreas.
Al. Schumann, Pfarrer,
Vorsitzender.

Gefunden

oder als herrenlos angemeldet resp. abgegeben wurden in der Zeit vom 1. bis 30. Juni 1891 folgende, zum Theil vermuthlich auch von früher verübten Diebstählen herrührende Gegenstände:

3 silberne Cylinderuhren, einige goldene Ringe, darunter ein gravirter **Trauring** und ein Ring mit Amethyst, ein Granatarmband, einige Corallen- und andere Armbänder, eine goldene Brosche, ein Paar kleine goldene Ohrringe, ein goldener Klemmer, eine Corallenkette, eine silberne Doppel-Vorsteckadel, ein Fächer, Geldbeträge von **20 A** und **10 A** sowie Portemonnaies bezw. Beutel mit **9 A, 3 A 12 ₰** und mit geringeren Beträgen, ein Bilardball, einige **Cigarren-Etuis,** darunter ein **silbernes** mit Gravirung, **ein Etui** mit **Operationsinstrumenten,** 3 Notenhefte für Zithern, mehrere Pfandscheine, 3 Hutfedern, ein Damengürtel, einige Hüte, darunter ein schwarzer Damen-Strohhut mit weißer Feder, eine verschlossene lederne Hutschachtel mit Inhalt, ein Kinderhöschen, ein Herren-Jacket von blauem Stoff, in Arbeit befindlich, ein dunkelgrünes Damen-Jacket mit Federbesatz, ½ Dutzend weißleinene Taschentücher im Stück, **ein erbrochener** hölzerner Geldkasten, ein bronzirter Kinderwagenkorb, ein Kunstschlittschuh mit 9 Stück Zähnen, ein Spazierstock, mehrere Schirme, 6 verschiedene Hanggläser, 1 Dutzend Fensterwinkel, 6 Stück Centrumbohrer, ein Handmaulkorb, eine Peitsche, ein langer Hebelbaum, eine alte kleine Zinkwanne und ein Paar eiserne Hanteln, eine Anzahl Schlüssel, **ein 4rädriger Handwagen,** eine 2rädrige Handkarre, eine Kiste mit ca. 200 Stück Kästen, eine Dachtaube und eine lebende Ente.

Die unbekannten Eigenthümer dieser Gegenstände werden hierdurch aufgefordert, sich zur Empfangnahme derselben in unserem Commissariat rechtzeitig zu melden, andernfalls darüber nach §. 239 des B. G.-B. anderweit verfügt werden wird.

Gleichzeitig fordern wir auch Diejenigen, welche im April, Mai und Juni vorigen Jahres Fundgegenstände bei uns abgegeben haben, auf, diese Gegenstände zurückzufordern, andernfalls auch hierüber den Rechten gemäß verfügt werden wird.

Leipzig, den 1. Juli 1891.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
In Stellvertretung:
Dr. Schmid. Mt.

Das von dem Gemeindevorstande zu Zeulenroda für **Elise Marie Steiniger,** am 16. März 1871 in Zeulenroda geboren, unter dem 28. Februar 1887 ausgestellte Dienstbuch ist am 15. Juni c. abhanden gekommen, was zur Verhütung von Mißbrauch hiermit bekannt gemacht wird.

Leipzig, den 30. Juni 1891.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
In Stellvertretung:
IV. 5584. Dr. Schmid. Mr.

Sparcasse Liebertwolkwitz.

Unter **Garantie** der **Gemeinde.**
Reserven: 300 654 A 04 ₰.
Sparverkehr im 1. Halbjahr 1891:
5067 Einzahlungen im Betrage von 610 630 **A** 12 ₰
4325 Rückzahlungen - - - 468 897 - 93 -
Verzinsung der Einlagen mit 3½%.
Expeditionszeit: Montags und Donnerstags.

Die Sparcassenverwaltung.
Dyck.

Das deutsche Kaiserpaar in Amsterdam.

Holland und Deutschland stehen einander seit langer Zeit kühl gegenüber, und besonders war es der jüngst verstorbene König Wilhelm III. von Holland, dessen Sympathien für Frankreich ein freundschaftliches Verhältniß zu Deutschland nicht aufkommen ließen. Die Absicht des Königs Wilhelm von Holland, Luxemburg an Frankreich zu verkaufen, hätte beinahe schon im Jahre 1867 den Ausbruch des Krieges zwischen Deutschland und Frankreich herbeigeführt, und die Art und Weise, wie sich Wilhelm III. Luxemburg gegenüber auch später verhielt, war nicht geeignet, die Beziehungen Hollands zum Deutschen Reiche zu verbessern. Mit dem Tode des letzten Oraniers sind diese Verstimmungen zu Grabe getragen. In Luxemburg hat der Herzog von Nassau die Nachfolge angetreten, und die Königin-Regentin von Holland, selbst eine deutsche Prinzessin, hegt keinen anderen Wunsch, als in Frieden und Freundschaft mit dem Deutschen Reiche zu leben. Amsterdam war am 1. Juli Zeuge des denkwürdigen Ereignisses, daß der deutsche Kaiser an der Seite der Königin-Regentin Emma und die Kaiserin an der Seite der jungen Königin Wilhelmine ihren Einzug in die Stadt hielten. Welche Wandlungen waren nöthig, um diesen Vorgang zu ermöglichen: das Aussterben des Mannesstammes derRanier, die Vermählung König Wilhelm's mit der Prinzessin Emma von Waldeck-Pyrmont und die Geburt einer Tochter am 31. August 1880, der jetzigen Königin Wilhelmine.

Hollands Machtstellung ist seit der Erstarkung der englischen Seemacht so weit zurückgedrängt worden, daß es auf die Gestaltung der Geschicke Europas keinen Einfluß übt. Holland ist ein Staat, welcher durch die Verhältnisse genöthigt ist, sich von den Welthändeln fern zu halten, der aber seine große Vergangenheit noch keineswegs vergessen hat und seine Kräfte deshalb in Unternehmungen vergeudet, welche eine bessere Verwendung finden könnten. Sumatra bringt Holland nichts ein, kostet ihm aber viel Blut; ein ähnliches Verhältniß besteht auf Borneo, und nur Java gilt noch als Schatzkammer Hollands, wenn sich auch der Gewinn, welcher von dieser Colonie herstammt, schwer nachweisen läßt. Ganz unzweifelhaft sind aber die Handelsverbindungen Hollands sehr gewinnbringend, welche Thatsache durch den sprüchwörtlichen Reichthum der holländischen Handelsherren erwiesen wird. Als Herrscher auf dem Gebiete des Colonialwaarenhandels und als wichtiger Factor des Geldmarktes nimmt der holländische Handelsstand eine mächtige Stellung ein, die mehr durch das Gewicht des durch ihn vertretenen Capitals als durch das Geräusch seines Auftretens wirkt.

In Holland war lange Zeit die Befürchtung verbreitet, daß Deutschland die Absicht habe, seiner staatlichen Selbstständigkeit ein Ende zu bereiten. Dieser Irrthum ist heute als solcher erkannt; Deutschland hat niemals Eroberungspolitik getrieben, sondern seine Wünsche waren einzig und allein auf Herstellung der Einheit durch enges Aneinanderschließen aller deutschen Stämme gerichtet. Diese Einheit kann aber nur solche Bestandtheile umfassen, welche ihre deutsche Eigenart ohne Verschmelzung mit anderen Interessen bewahrt haben. Die Deutsch-Oesterreicher sind unsere natürlichen Verbündeten, aber das gute Einvernehmen der deutschen Stammesgenossen im Reiche thut ihrem Zusammenhange mit dem österreichischen Kaiserstaate keinen Abbruch, das Deutsche Reich freut sich vielmehr über die staatenbildende Kraft der deutschen Brüder in Oesterreich.

Die Holländer, ursprünglich Niederdeutsche, haben sich ihrer deutschen Abkunft mehr und mehr entfremdet, sie haben ihre besondere Sprache und ihre besonderen Interessen, und trotzdem können sie ihren Ursprung nicht verleugnen, mag er auch durch die historische Entwickelung mehr und mehr von der natürlichen Bahn abgelenkt worden sein. Das Nationalitätsprincip ist bei der germanischen Rasse nicht so stark entwickelt, daß es bis auf die Völkerwanderung zurückgreifen könnte. Wo bliebe in diesem Falle ein großer Theil Frankreichs, was wäre das Schicksal Dänemarks, Schwedens und Norwegens? Und vor allen Dingen England? Als die Sachsen und Angeln im fünften Jahrhundert unter Hengist und Horsa England eroberten, haben sie dem dortigen Volke germanisches Wesen eingeflößt und ihm das Gepräge gegeben trotz der Kelten und der später eingewanderten Normannen, die ja inzwischen schon zu starke Wandlungen durchgemacht hatten, um nicht mehr als Vertreter der germanischen Rasse im eigentlichen Sinne gelten zu können. Wenn die deutsche Politik solche Gesichtspuncte hätte, dann gehörte die deutsche Schweiz entschieden zu Deutschland, gerade so wie die russischen Ostseeprovinzen. Daß wir Elsaß nach einem uns aufgedrungenen siegreichen Kriege zurückgenommen haben, kann uns nicht als Eroberungstrieb ausgelegt werden, denn Elsaß ist ein deutsches Land, was uns vor 200 Jahren durch schnöde Gewalt entrissen worden ist. Ginge es nach Frankreichs Wünschen, so gäbe es überhaupt kein Deutschland. Der Rheinbund war das Deutschland, welches unter Napoleon I. uns geblieben war, und dieser Bund war eine französische Provinz, deren Söhne Frankreichs Heeresfolge zu leisten hatten. Wir wollen nicht die Möglichkeit annehmen, daß Frankreich jemals wieder einen Mann findet, der in die Fußstapfen Napoleon's I. tritt und daß ihm das Glück zur Seite steht, vereint mit dem Niedergange Deutschlands, sonst könnten wir erleben, wessen französische Rachsucht fähig ist.

Deutschlands Kraft und Zukunft beruht auf seiner Friedensliebe, auf dem Streben, mit allen Völkern der Erde in guten Beziehungen zu leben, die Interessen Anderer zu achten und uns nur solche Ziele zu stecken, welche ohne Schädigung der bestehenden Staaten erreicht werden können. Der Wunsch der Franzosen, Belgien zur französischen Provinz zu machen, ist kein Ergebniß der Einbildungskraft, sondern actenmäßig nachweisbar durch die Anerbietungen, welche Napoleon III. in den sechziger Jahren der preußischen Regierung gemacht hat. Aehnliche Bestrebungen hat Deutschland niemals verfolgt, und deshalb ist es ein gänzlich grund- und haltloses Gerede, was Deutschland Absichten untergeschoben hat, Hollands Selbstständigkeit zu gefährden. Die deutsche Politik ist nicht auf Zerstörung, sondern auf Erhaltung des bestehenden Zustandes in Europa gerichtet, und deshalb ist es mit Freuden zu begrüßen, daß Kaiser Wilhelm dieser Politik überall persönlich Ausdruck zu verleihen sucht.

Deutschland hat zwei Verbündete, mit denen es durch geschriebene Verträge im Einvernehmen steht, es ist außerdem bestrebt, die seit einem Jahrhundert ungestörte Freundschaft mit Rußland zu erhalten und mit England dahin zu wirken, daß die friedlichen Absichten des Dreibundes überall zur Anerkennung gelangen. Kaiser Wilhelm legt Werth darauf, daß auch die kleineren Staaten Europas die volle Ueberzeugung von der Friedensliebe Deutschlands gewinnen und daß sich dadurch allmälig ein Vertrauen auf die deutsche Friedensmacht verbreitet, welches seine segen- und friedenbringenden Wirkungen auf ganz Europa ausdehnt. Recte facere, neminem laedere war ein altrömischer Grundsatz, wenn er auch leider niemals im alten Rom zur That geworden ist. Wir Deutsche sind in unseren politischen Schlagwörtern weniger anspruchsvoll als die Vertreter der römischen Weltherrschaft, aber dafür wollen wir auch nicht die Welt beherrschen, sondern der Welt nur den Frieden gewähren. Wir kennen kein Divide et impera! und auch kein Parcere subjectis et debellare superbos, weil wir nicht herrschen, sondern uns nur in Frieden und Ruhe unseres der Arbeit gewidmeten Daseins erfreuen wollen.

*

Leipzig, 3. Juli.

* **Aus Berlin** wird geschrieben: Der Finanzminister Miquel hat aufs Neue gezeigt, daß er die eigentliche Seele des Ministeriums ist. Von ihm allein ist der Widerspruch gegen die Herabsetzung der Kohlentarife ausgegangen, und der neue Eisenbahnminister hat sich den Einwendungen des Finanzministers fügen müssen. Klug aber und zurückhaltend, wie man ihn kennt, denkt Herr Miquel gar nicht daran, diesen Erfolg auszunutzen, sondern er sorgt im Gegentheil dafür, daß seine Person hinter den Begriff des Gesammtstaatsministeriums zurücktritt. Nicht als Finanzminister, sondern als Glied des Staatsministeriums und ohne den Anspruch, etwas Besonderes gelten zu wollen, hat Herr Miquel in dieser Frage der Kohlentarife seine Meinung durchgesetzt. Keiner braucht sich dadurch verletzt zu fühlen, weder Herr Thielen noch die anderen Minister, sondern das Interesse Aller ist durch den Ausgang der Angelegenheit gewahrt geblieben, und überdies handelte es sich nicht um die Maßregel der gegenwärtigen Minister, sondern um die eines ausgeschiedenen Collegen. Stets soll das Gesammtministerium die Instanz sein, an die Dinge dieser Art gebracht werden müssen. Ein solcher Vorschlag kann gerade vom Finanzminister mit dem verdältnißmäßig geringsten Risico gemacht werden. Denn wenn irgend eine Reform, die irgend ein Ressortminister plant, der Entscheidung des Staatsministeriums unterbreitet wird, dann werden stets die finanziellen Gesichtspuncte in den Mittelpunct geschoben werden können, und der Finanzminister, der ohnehin schon ein mächtiger Mann ist, wird mit der Geltendmachung solcher Gesichtspuncte kaum jemals fehlgreifen.

* Anläßlich der irrthümlichen Nachricht von der Vorlegung eines auf das ganze Reich bezüglichen Gesetzentwurfs über die Beschränkung der Baufreiheit im Bundesrathe war in verschiedenen Blättern die Competenz des Reiches zum Eingreifen in das Baurecht und die Baupolizei überhaupt bestritten. Nun gehören ja Baurecht und Baupolizei an sich nicht zu denjenigen Gegenständen, für welche nach Artikel 4 der Reichsverfassung die Gesetzgebung und Aufsicht dem Reiche zusteht. Hier greifen vielmehr im Allgemeinen das Landesrecht und die Landesgesetzgebung Platz. Nach zwei Richtungen ist indessen, so führen die „Berliner Politischen Nachrichten" aus, auf diesem Gebiete das Reich zuständig. Das Baugewerbe unterliegt seiner Gesetzgebung und Aufsicht wie jedes andere Gewerbe. In dieser Hinsicht steht bekanntlich die Frage eines Beschäftigungsnachweises für Bauhandwerker auf der Tagesordnung der öffentlichen Discussion. Sowohl der im Reichstage angenommene Antrag Ackermann-Biehl, als der weniger weitgehende Antrag von Kardorff wollten für die Baugewerbe die Meisterprüfung obligatorisch machen und innerhalb dieser Gewerbe selbst ist ein lebhaftes Verlangen danach vorhanden, wenigstens für bauconcessionspflichtige Banten nur geprüfte Meister zuzulassen. Die Frage hat bekanntlich ihre zwei Seiten und es werden in den Kreisen der Regierungen ernste Zweifel gehegt, ob die Erfüllung jener Wünsche in der That die erhoffte Wirkung haben wird und ob nicht vielmehr auf anderem Wege die Hebung der Baugewerbe sich zweckmäßiger, sicherer und ohne die andernfalls zu erwartenden Rückschläge wird erreichen lassen. Sodann bietet die im Artikel 16 der Verfassung dem Reiche auf dem Gebiete der Gesundheitspolizei beigelegte Zuständigkeit die Handhabe, die sanitätspolizeiliche Seite des Baurechts von Reichs wegen zu regeln. Das Reich ist danach rechtlich sehr wohl in der Lage, gesetzlich diejenigen Beschränkungen der Baufreiheit anzuordnen, welche vom Standpuncte der Gesundheitspolizei für nothwendig und zweckmäßig erachtet werden. Auch nach dieser Richtung handelt es sich nicht mehr um quota, für welche das non movere gilt, sondern die sanitären Mißstände, welche die bestehende Bauart von zum Wohnen oder zum Aufenthalt einer großen Zahl von Menschen bestimmten Gebäuden — namentlich in Großstädten und Industrieorten — vielfach mit sich bringt, sind längst Gegenstand der öffentlichen Fürsorge und es ist in den Versammlungen gemeinnütziger Vereine nicht blos, sondern auch im Reichstage die Forderung erhoben, denselben durch Eingreifen der Reichsgesetzgebung zu steuern. Wie sehr gerade der ehemalige Ober-Bürgermeister von Frankfurt a. M., der jetzige Finanzminister Dr. Miquel, an der Spitze solcher Bestrebungen stand, ist ebenso bekannt, wie daß der Handelsminister Freih. von Berlepsch amtlich und an der Spitze gemeinnütziger Vereine für die Hebung der Wohnungsverhältnisse, namentlich der Arbeiter oft und erfolgreich gewirkt hat.

* Die „Hamburger Nachrichten" schreiben: „Die fortschrittliche und gesinnungsverwandte Presse hat unsere Bemerkungen über die deutsch-russischen Beziehungen als „Wettkriechen vor Rußland" bezeichnet. Es ist leicht, mit solchen Phrasen in die politischen Berechnungen hineinzutölpeln und durch Uebertreibungen dem zeitungslesenden Publicum den Eindruck zu machen, als hätte die gegnerische Presse Unsinn geschrieben. Unsere Beziehungen zu England und Rußland gleichmäßig friedlich und freundlich zu erhalten, wird jeder nicht handelsüchtige Politiker als Aufgabe der deutschen Politik anerkennen. Zur Beantwortung der Frage, wie dieser Zweck zu erreichen sei, ist allerdings ein gewisses Augenmaß für europäische Politik erforderlich, daß wir bei den Redactionen der „Vossischen Zeitung", der „Freisinnigen Zeitung", der „Germania" e tutti quanti nicht suchen, welches aber für Denjenigen unentbehrlich ist, der über europäische Politik mitreden will. Die Entscheidung darüber, wie weit der einen oder der anderen der beiden großen Mächte, mit denen wir in Frieden und Freundschaft bleiben wollen, in jedem gegebenen Momente der europäischen Situation entgegengekommen werden kann, ohne das Mißtrauen der anderen zu erwecken, ist eine solche, an deren Lösung jeder Freund des Vaterlandes und des Friedens sich ohne vorgefaßte Parteimeinung ehrlich und vorsichtig betheiligen sollte und welche sich durch polternde Zeitungsartikel nicht lösen läßt. Wir haben mit unserer Besprechung dieser Frage nur den Zweck verbunden, die Schonung unserer bisherigen Beziehungen nach beiden Seiten hin zu empfehlen, weil wir der Ueberzeugung sind, daß es keine deutschen Interessen giebt, welche es für Freunde des Vaterlandes und des Friedens angezeigt erscheinen lassen, die guten Beziehungen zu den beiden Großmächten, zu Rußland sowohl wie zu England, nicht unparteiisch zu pflegen."

* In mehreren Blättern gelangt bei Erörterungen über Bedingungen, unter denen Herrn Herfurth das preußische Ministerium des Innern seinerzeit provisorisch übertragen werden sei, die Auffassung zum Ausdruck, Fürst Bismarck habe die verabredete Zurückberufung des Herrn von Puttkamer mit Rücksicht auf die in Angriff genommene Reform der Landgemeinde-Ordnung verhindert. Da Fürst Bismarck stets ein Gegner der letzteren war, entbehrt nach den „Hamburger Nachrichten" diese Unterstellung jeder Begründung.

* In Sachen der Bochumer Stempelaffaire erhält die „Westfälische Volks-Zeitung" von der Direction der Breslau-Warschauer Eisenbahn-Gesellschaft eine Erklärung, worin gegenüber der Behauptung Fusangel's, das Bochumer Werk habe auch für genannte Direction Stempel angefertigt, gesagt wird, daß weder sie noch einer ihrer Beamten das Bochumer Werk jemals mit der Anfertigung eines solchen Stempels beauftragt hat, und daß die Breslau-Warschauer Bahn in der angegebenen Zeit keine Bestellungen auf Schienen, Weichen oder deren Theile und Radreifen bei dem Bochumer Werk gemacht hatte, demnach auch kein Abnahme-Beamter ihrer Verwaltung auf dem Werk anwesend war, und daß auch die in späteren Jahren von dem genannten Werk für die Breslau-Warschauer Eisenbahn gelieferten Stücke niemals von einem ihrer Beamten auf dem Werk selbst abgenommen, sondern erst nach ihrer Ankunft in der Werkstatt auf ihre gute Beschaffenheit geprüft worden sind.

* Der deutsch-freisinnige Nothstand in Getreide entpuppt sich, wie wir dies von Anbeginn an betont haben, als das jammervollste Hirngespinnst, das jemals in dem Kopfe des Knownothingthums Platz gefunden hat. Seit dem tritischen Tage, den der große Alexander Meyer für den Eintritt der Hungersnoth bekannt gegeben, sind nun 14 Tage verflossen, und immer mehr zeigt sich, daß wir es hier mit einem schweren Falle von grobem Unfug, verübt durch leichtfertige Verbreitung beunruhigender Nachrichten, zu thun haben, dessen Verfolgung vermuthlich nur deshalb unterbleibt, weil der Urheber dieses Unfugs, als Wigbold des Deutsch-Freisinns, einer gewissen Immunität sich erfreut. Als besonders erheiternd verdient bemerkt zu werden, daß die großen Volkswirthe der antinationalen Wirthschaftspolitik sich nicht gescheut haben, dem Spaßmacher auf den Leim zu gehen, indem sie tutti quanti die scherzhaften Bemerkungen ihres würdigen Fractionsfreundes für baaren Ernst genommen und weiter verbreitet haben.

* Der „National-Zeitung" wird aus Königsberg geschrieben: „Die Verzögerung der Wiederbesetzung der Ober-Präsidien von Ost- und Westpreußen ist lediglich auf die zuerst während der Anwesenheit des Kaisers in Ostpreußen bemerkbar gewordenen Bemühungen einflußreicher ostpreußischer Mitglieder der äußersten Rechten zurückzuführen, einen der Ihrigen zum Oberpräsidenten von Ostpreußen zu machen. Die Ernennung des früheren Ministers v. Goßler, so schreibt man uns, stand bereits fest, als es dem Einfluß der bezeichneten Kreise, denen Herr v. Goßler trotz seiner politischen Vergangenheit nicht conservativ, nach einer anderen Version nicht „vornehm" genug ist, gelang, die Ernennung zu verhindern. Da aber die bestimmte Absicht bestehe, Herrn v. Goßler eines der vacanten Oberpräsidien zu übertragen, so werde er, falls er nicht das in Königsberg erhalte, für Danzig ernannt werden. So hänge die Besetzung des westpreußischen Oberpräsidiums von derjenigen des ostpreußischen ab.

* * *

* Ueber die Demonstration auf der Prager Ausstellung meldet die „N. Fr. Presse":

An dem Festzug der tschechischen Turner nahmen 800 Turner mit dem Dresdner tschechischen Turnverein an der Spitze Theil. Mehrfach wurde die Marseillaise gepfeift und mit begeisterten Slawo-Rufen aufgenommen. Auf der Ehrentribüne des Ausstellungsrathhauses stand die französische Abordnung, sowie die Slowenen, Kroaten und Polen. Im Rathhaussaale bewirthete der Bürgermeister Scholz mit der gesammten Stadtvertretung die Gäste und brachte folgenden Trinkspruch aus:

„Ich stehe hier als Vertreter Prags und danke Ihnen, daß Sie gekommen sind, uns zu erfreuen. An dieser Stelle erhebe ich mein Glas, gefüllt mit echter Burgunder Rebe aus Frankreich, welche der unvergeßliche König und Kaiser Karl IV. eigenhändig gepflanzt hat. Ich trinke auf die Slawen und Franzosen!"

Hierauf wurde der Bürgermeister von den Polen und Franzosen auf die Schultern gehoben und im Saale herumgetragen. Der Führer der französischen Turner feierte Prag, die goldene Stadt des Slawenthums.

Bei dem Begrüßungsabend in der Prager Beseda wurde die russische Hymne gepfeift, auf Einsprache der polnischen Gäste jedoch die Wiederholung unterlassen. Bei dem Fest für den Tschechischen Schulverein auf der Sophien-Insel, woran die Franzosen und Polen ebenfalls Theil nahmen, verlangte das Publicum von der Militär-Capelle so stürmisch die russische Hymne, daß die Capelle unter fortdauernden Zischen Tausender die Insel verlassen mußte.

* In Beantwortung der Interpellation Horvath's, betreffend den von der Münchener „Allgemeinen Zeitung" gemeldeten angeblichen Ausgleich der Regierung mit den Siebenbürger Sachsen, erklärte der Ministerpräsident Graf Szapary im ungarischen Abgeordnetenhause, die Regierung habe mit den Siebenbürger Sachsen weder geheime noch öffentliche Unterhandlungen gepflogen. Die Münchener „Allgemeine Zeitung" sei kein Regierungsorgan, die Regierung übernehme demnach keine Verantwortung für die Mittheilung des Blattes, sie verlange von den sächsischen wie von den übrigen Staatsbürgern Achtung des bestehenden staatsrechtlichen Zustandes und der Landesgesetze.

* Obwohl vorausgesehen, hat die Erneuerung des Dreibundes im Vatican arge Mißstimmung erregt. Die klerikalen Blätter vergießen Krokodilsthränen über die „Aussaugung Italiens" durch den Bund, dessen Auflösung es unabhängig, stark und zum Schiedsrichter gemacht hätte. Der „Osserv. Romano" vertheidigt zugleich gegenüber den Vorwürfen österreichischer katholischer Blätter seinen Feldzug zu Gunsten der Interessengemeinschaft und des Zusammenschlusses Frankreichs und des Papstthums.

* Die Erneuerung des Dreibundes, so schreibt die Petersburger „Nowoje Wremja", nöthige die anderen Staaten, zu der neuen Sachlage Stellung zu nehmen. Die Logik der Thatsachen dürfte bald ein französisch-russisches Bündniß unvermeidlich machen.

* Der Bischof von Grenoble, Monsignore Fava, begegnet mit seinem Hirtenbriefe an den Klerus seiner Diöcese, worin er sich für die Republik erklärt, bei den französischen monarchischen Blättern unverhohlenem Mißmuthe, bei den republikanischen nur sehr getheilter Zustimmung. Bischof Fava hatte nie als ein gemäßigter, liberalen Auffassungen zugänglicher Mann gegolten — die Charakteristik, welche die „Republique Française" von ihm entwirft, schildert ihn als einen unruhigen, zwischen Extremen schwankenden Charakter: bref, ce n'est point par la prudence qu'il brille —, und das durch seine Vergangenheit wachgerufene Mißtrauen in die Aufrichtigkeit seiner neuesten Wandlung wird durch einige Stellen seines Hirtenbriefes noch verschärft. Er verlangt, daß das Haupt der Republik stets ein Katholik sein müsse, und daß die Regierung ihre Inspirationen vom Katholicismus, nicht aber von der Freimaurerei empfange. Der „Temps" nimmt Gelegenheit, dem Bischof eine kleine Lection im Republikanismus zu ertheilen, indem er ihm klar macht, daß in einer Republik die persönlichen Anschauungen und Neigungen des Präsidenten gegenüber der Parlamentsmehrheit und dem aus derselben hervorgehenden Ministerium nicht in Betracht kommen. Noch nachdrücklicher weisen andere republikanische Blätter die klerikalen Tendenzen des Hirtenbriefes ab, besonders scharf „Paris", in welchem Arthur Ranc den Grenobler Prälaten als Vorkämpfer einer Partei kennzeichnet, welche sich mit politischen Absichten trage,